

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 03.09.2019

Pressemitteilung

„Die Linksfraktion in Osnabrück hat einen Antrag zur **besseren Nutzung von Regenwasser** eingebracht. Dieser floss in einen umfassenden Antrag aller Fraktionen zur ökologischen Gestaltung der Stadt ein. Dazu Giese-la Brandes-Steggewentz:

„Es ist richtig und wichtig, dass der Rat in Osnabrück alle Möglichkeiten nutzt kommunal vor Ort ökologisch zu agieren. Auch wenn dies nur ein kleiner Beitrag ist, um die negativen Folgen des Klimawandels, der nur durch umfassende Eingriffe in den Markt und das Überwinden des weltweiten Profitstrebens eingedämmt werden kann, aufzuhalten, ist es ein Schritt in die richtige Richtung – auch, da er die Menschen vor Ort dazu motiviert, sich mit den Fragen ökologischer Politik auseinanderzusetzen. Daher wollen wir als LINKE Bürger*innen dabei unterstützen Regenwasser auf ihren Grundstücken wiederzuverwerten. Hier muss die Stadt Beratung anbieten und versuchen, eventuelle Umbaumaßnahmen finanziell, z. B. durch Förderprogramme von Land und Bund, zu unterstützen.

Zum aktuellen Stand der **Planung für die Wohnungsbaugesellschaft** äußert sich Brandes-Steggewentz:

„Wir sind jetzt in der Pflicht, den Willen der Bürger*innen umzusetzen. Natürlich müssen wir dies so schnell wie möglich angehen, doch viel wichtiger ist es eine Lösung zu finden, die für die Menschen das bestmögliche Ergebnis, also möglichst viel bezahlbaren und guten Wohnraum zu möglichst geringen Preisen, erzielt. Dabei ist es essenziell, dass die Bürger*innen über das Bündnis Bezahlbarer Wohnraum ein Mitspracherecht an der Ausgestaltung der Wohnungsbaugesellschaft haben und von Anfang an in den Prozess involviert sind. Darüber hinaus kann eine Neugründung nur dann überzeugend sein, wenn ein erneuter Verkauf durch beliebige Ratsmehrheiten ausgeschlossen ist. Hier muss ein erneuter Bürger*innenentscheid als Hürde gesetzt werden – die Bürger*innen haben die Gründung der Wohnungsbaugesellschaft erkämpft, nur sie dürfen über einen Verkauf entscheiden.“

Die Beschlussvorlage zum **Konzeptionellen Bieterverfahren** wird abgelehnt. Die Ablehnung begründet Giesela Brandes-Steggewentz wie folgt:

„Bauland in einem konzeptionellen Bieterverfahren auszuschreiben ist generell zu befürworten. Hierbei das Erbbaurecht grundsätzlich anzuwenden ist ein wichtiger Schritt für den Verbleib von Grund und Boden in städtischer Hand. Die Grundstück dürfen nur für bestimmte Zwecke, z. B. Schaffung und Sicherstellung von bezahlbaren Wohnraum, zur Verfügung gestellt, jedoch nicht verkauft werden.

Nachdem Bürger*innenentscheid uns damit beauftragt hat eine kommunale Wohnungsgesellschaft zu gründen, muss konsequenterweise das Handlungsprogramm bezahlbarer Wohnraum überdacht werden. 10–30 % sozialgebundene Wohnungen reichen einfach nicht aus. **Bezahlbarer Wohnraum wird jetzt und in Zukunft gebraucht.**“

Den gemeinsamen Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen , SPD und FDP zur aktiven **Bekämpfung von Armut und Missbrauch von Migrant*innen** durch organisierte Strukturen kommentiert Heidi Reichinnek:

„Die bisherigen Bemühungen der Stadt die Ausbeutung von Migrant*innen durch organisierte Banden zu unterbinden und Integration sowie soziale Teilhabe der Menschen aus verschiedenen Ländern zu fördern begrüßen wir ausdrücklich. Es ist untragbar, dass Menschen mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt werden und hier unter widrigsten Bedingungen arbeiten und leben, während einige wenige sich auf widerliche Weise illegal die Taschen füllen. Dabei ist es völlig irrelevant, welche Nationalität die Betroffenen haben. Wir fordern einen solidarischen Umgang miteinander, jeder Mensch hat das Recht auf ein würdevolles Leben und für das treten wir ein! Deswegen ist es unbedingt nötig, auch Land, Bund und EU in die Pflicht zu nehmen.“